

# Volks-Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1910. Nr. 596.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 208.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 21. Dezember 1910.

Verleger: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Druck: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Redaktion: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Verantwortlich: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Druck: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Verleger: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Druck: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Verantwortlich: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Druck: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Verleger: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Druck: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Verantwortlich: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Druck: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Verleger: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Druck: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Verantwortlich: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Druck: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Verleger: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Druck: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Verantwortlich: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Druck: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Verleger: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Druck: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Verantwortlich: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Druck: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Verleger: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Druck: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Verantwortlich: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Druck: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Verleger: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Druck: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Verantwortlich: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Druck: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Verleger: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Druck: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Verantwortlich: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

Druck: Dr. Walter Debes, Halle a. S., Unterwallstraße 12.

### Vom Impfgesetz.

Der Reichstag ist auch in der laufenden Tagung mit Anträgen auf Aufhebung bezw. Aenderung des Impfgesetzes beauftragt worden. Selbstverständlich werden die Anträge auch diesmal einen Erfolg nicht zeitigen. Es ist aber von Interesse, sich aus dem amtlichseitig betriebsmäßig Material ein Bild von der Sachlage zu machen. Die Vordenker gehören zu den Kräfte, die in früheren Jahren hunderttausend und bis in die neueste Zeit hinein in allen Ländern der Erde die größten Verheerungen angerichtet haben. Die letzte große Epidemie, die in Deutschland herrschte, ereignete sich in den Jahren 1870 und 1872. Sie forderte allein in Preußen 120 148 Opfer, d. h. dreimal so viel, als die gesamte deutsche Flotte während des Belagerungs 1870/71 an Toten verloren. Die enormen und vielfachen Schädigungen, die die Vordenker der Impfung herbeiführen, führen sich auf Anstrengungen, ihnen zu begegnen. Schon die alten Ägypter und Chinesen wußten die Schutzimpfung gekannt haben. In einem erfolgreichen Verfahren der Schutzimpfung führte die Beobachtung, daß die Vordenker nicht nur bei Menschen, sondern auch bei gewissen Haustieren vorkommen. Nur die Impfung allerdings hilft den Menschen. In England wurden bereits im Jahre 1774 in Gloucestershire von einem Pächter einige Schutzimpfungen ausgeführt. Aber erst durch den dadurch berüchtigt gemordeten englischen Arzt Edward Jenner wurde diese Verfahren verallgemeinert und seit 1796 in einer immer größer werdenden Anzahl von Fällen durchgeführt. In Preußen fand die erste Impfung 1801 statt, und kam es bereits 1816 zur Einführung des indirekten Impfverfahrens und 1835 zur Anwendung von Präzisionsimpfungen bei drohenden Vordenkern. Andere deutsche Staaten folgten. Wenn trotzdem die Vordenker in Deutschland noch nicht in der wichtigsten Weise zurückgingen, so beruhte dies darauf, daß eine Wiederimpfung in späteren Lebensjahren noch nicht vorgeschrieben war. Die Erkenntnis, daß dies nötig, machte sich zuerst die Armee zunutze, indem sie die Wiederimpfung aller Rekruten einführte, und die dabei gemachten glänzenden Erfahrungen gaben die Veranlassung zum Erlaß des Reichs-Impfgesetzes vom 8. April 1874. Seitdem ist in Deutschland nie wieder eine erhebliche Vordenker-Epidemie beobachtet. Und obwohl die Vordenker in unseren Nachbarländern, namentlich in Rußland und Ostpreußen, fortwährend in epidemischer Verbreitung verharren und hauptsächlich durch die in unserer Vordenker-Epidemien in zahlreichen Fällen bei uns eingeschleppt werden, vermögen sie doch in Deutschland nirgends Fuß zu fassen und verurteilen zum Beispiel im Jahre 1906 im ganzen Deutschen Reich nicht mehr als 47 Todesfälle. Sollte man dem Rate der Impfungsgegner folgen, so würden bald wieder Tausende von Menschen an Vordenker sterben. Nun bekämpfen diese Gegner, daß die Impfung schwere körperliche Leiden, ja dauerndes Stummstum durch Folge gehabt hätte. Alle in dieser Richtung vorgebrachten Fälle sind gewirrt worden. Die Prüfung hat in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle ergeben, daß die Erkrankungen, die auf die Impfung zurückzuführen waren, entweder überhaupt erfunden oder stark übertrieben waren, oder endlich mit der Impfung in gar keinen Zusammenhang zu bringen waren. In einer sehr weitläufigen Anzahl von Fällen, in Preußen etwa 10 bis 20 jährlich, besteht in der Zeit ein Zusammenhang zwischen Erkrankung und Impfung. Die Impfung geschieht ja durch Anlegung einer Anzahl winziger Nadelstiche oberflächlicher Schmitze, und es kommt zuweilen vor, daß sie der Ausganspunkt oberflächlicher Eiterungen, zuweilen auch der sogenannten Mundrose werden. Einige dieser Fälle eilen auch wohl tödlich. Aber auch diese auf sich beschränkten Ereignisse dürfen der Impfung nicht zur Last gelegt werden, da jedesmal die Untersuchung ergibt, daß weder die verwendeten Nadeln sterilisiert sind, noch bei der Ausführung der Impfung die vorgezeichneten Vorsichtsmaßregeln außer acht gelassen wurden. Was die Nadeln betrifft, so wird über die von jedem Stalbe genommene Nadel genau Buch geführt. Erkrankt also ein Kind mit einer bestimmten Nadel geimpft wird, so wird sofort geprüft, wie der Verlauf bei den übrigen mit dieser Nadel geimpften Kindern gewesen ist. Ergeht sich dann, wie es regelmäßig der Fall ist, daß von tausend Kindern nur eines erkrankt ist, so kann die Nadel nicht schuld daran sein. Ebenso wird bei jedem erkrankten Kinde geprüft, wie der Verlauf bei den übrigen Kindern war, die von derselben Nadel geimpft wurden. Ergeht sich dann, wie es regelmäßig der Fall ist, daß von tausend Kindern nur eines erkrankt ist, so kann die Nadel nicht schuld daran sein. Gegen die Annahme einer Schuld der Impfung an der Erkrankung spricht aber auch die Tatsache, daß die als Impfschädigung hingestellten Erkrankungen in der Regel erst entstehen, wenn die Impfstoffe bereits abgeheilt sind. Daraus geht hervor, daß die Infektion nicht bei der Impfung, sondern erst nachträglich erfolgt sein muß, daß es sich also um sogenannte Sekundärinfektionen handelt, welche durch eine unzureichende Behandlung der Impfstoffe entstehen.

### Zum Tode des Majors Dominik.

Major Dominik von der Kaiserlichen Schutztruppe für Kamerun ist, wie schon kurz berichtet, nach einer telegraphischen Meldung aus Conary (Kamerun) am 16. d. Mts. an Bord des Dampfers „Cleoneore Boermann“ auf der Schauerfranken in die Heimat bringen sollte, an akuter Herzklappenentzündung gestorben.

Major Hans Dominik, geboren am 7. Mai 1870 zu Suhl, Regierungsbezirk Marienwerder, als Sohn des verstorbenen Oberstabs- und Regimentsarztes Dominik und seiner in Berlin lebenden Gattin Katharina geb. Köhnenberg, trat nach dem Besuch der Gymnasien zu Weiden und Schmidt a. O. sowie der Militär-Vorbereitungsschule des Dr. Meyer in Berlin im April 1889 in das Grenadier-Regiment Prinz Karl von Preußen (2. Brandenburgisches) Nr. 12 ein. Er wurde 1890 zum Leutnant befördert. Drei Jahre später erfolgte seine Verwendung im Schutztruppe Kamerun, seine Kommandierung zur Dienstleistung beim Auswärtigen Amt unter Erlangung der suite seines Regiments. 1897 wurde Dominik unter Verleihung zum Grenadier-Regiment Nr. 4 (a. la suite desfeldes) und unter Verleihung in dem Kommando beim Auswärtigen Amt zum Premierleutnant befördert. Als solcher trat er nach seinem Auscheiden aus dem Heere im August 1907 zur Schutztruppe für Kamerun (wiederum a. la suite desfeldes) über. Im Jahre 1900 führte der Verlorene als Oberleutnant im Infanterie-Regiment General-Feldmarschall Prinz Friedrich Karl von Preußen (3. Brandenburgisches) Nr. 64 — zur Armee zurück und war von Oktober 1900 bis Mitte 1901 Kriegsakademie kommandiert. Aber bereits Ende Mai 1901 trat er unter gleichzeitiger erneuter Kommandierung zum Auswärtigen Amt — wiederum zur Schutztruppe für Kamerun über, wurde im September 1904 zum Hauptmann befördert und 1907 vorübergehend dem I. See-Bataillon überwiesen. Im April 1908 wurde er abermals, und zwar unter Erhebung zum Kommando beim Auswärtigen Amt, in die Kamerunische Schutztruppe eingereiht, in der er auch die dreijährigen Geburtsjahre des Kaisers den Charakter als Major erhielt.

Major Dominik, dessen verdienstvolle Tätigkeit bei der Niederwerfung des letzten Maute-Aufstandes noch in frischer Erinnerung steht, hat über außerordentlich große Expeditionen geführt und ist auch mehrfach verwundet worden. Seine großen Erfolge im kolonialen Kriegsdienst sind von Allerhöchster Stelle mehrfach durch Verleihung von Ordensauszeichnungen mit Schwertern anerkannt worden.

### Sozialdemokratie und Handlungsgesellen.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ brachten jüngst einen Aufsatz über die soziale Bewegung der Industriearbeiter, worin u. a. ausgeführt wurde:

„Es ist ersichtlich, daß in sozialpolitischen Fragen und der gewerkschaftlichen Forderungen gewisse Berührungspunkte mit der allgemeinen Arbeiterbewegung bestehen. Entscheidend sind die Differenzen, wenn Fragen berührt werden, die mehr eine Rolle auf politischem Gebiete spielen. Die Sozialdemokratie stellt den sozialpolitischen Forderungen der Handlungsgesellen und Industriearbeiter durchaus sympathisch gegenüber und hat im Reichstag wiederholt in diesem Sinne gewirkt. In Bezug auf die politische Stellung der Handlungsgesellen und Industriearbeiter ist die Sozialdemokratie der Handlungsgesellen gegenüber, aber nur langsam und für absehbare Zeit nicht mit dem Erfolg, den die Partei bei der Industriearbeiterchaft aufweist. Unnötiger ist unsere Position im Handlungsgewerbe, unangünstiger in der Industriearbeiterchaft. Denn die soziale Stellung dieser Berufsstände ist so eigenartig, daß wir über diese Schwierigkeiten nicht hinwegkommen. Diese Schwierigkeiten sollen uns aber nicht abhalten, noch entmutigen, dem Sozialismus auch hier die Wege zu ebnen. Ist aus dem Problem schwieriger, so ist es doch nicht unlösbar; denn die Schichten der Arbeiter und der Handlungsgesellen haben einen gemeinsamen Interessenfundament. Und es liegt im politischen Interesse der Sozialdemokratie, sich auch der zweiten energisch anzunehmen.“

### Deutsches Reich.

Das Plenum des Reichstages nach den Ferien. Die umfangreichsten Aufgaben stehen dem Reichstage nach Wiedereröffnung seiner Arbeit im neuen Jahre auf dem Gebiete der Sozialpolitik bevor. Folgendes wird dabei zu erledigen sein: Am weitesten ist von den vorgelegten sozialpolitischen Entwürfen das Arbeitsamtergesetz gefördert. Ob es aber in der bevorstehenden dritten Lesung tatsächlich zur Annahme gelangen wird, hängt davon ab, daß der Reichstag bezüglich der Einbeziehung der Eisenbahnarbeiter und der Wählbarkeit der Arbeitervertreter nachzugeben bereit ist. Die verbündeten Regierungen haben bekanntlich ihr Unannehmbar nach beiden Richtungen aus unabweisbar erklärten lassen. Das Hausarbeitsgesetz und die Novelle zur Gewerbeordnung werden voraussichtlich im weiteren Verlaufe ihrer Beratungen in starke Gegenströmungen nicht hervorgerufen lassen; immerhin wird ihre Verheißung in zweiter und dritter Lesung im Plenum gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Das der größte der sozialpolitischen Entwürfe, die Reichsversicherungsordnung, vor dem 1. April 1911 nicht erledigt sein wird, darf nunmehr wohl als fertig angesehen werden. Zunächst ergab sich daraus die Notwendigkeit, noch vor dem genannten Zeitpunkt eine die Witwen- und Waisenversicherung betreffende Notgesetz an den Reichstag zu bringen. Der Bundesrat wird sich wohl bald mit ihm zu beschäftigen haben. Sodann wird es aber auch bald notwendig größerer Anstrengungen bedürfen, wenn die Reichsversicherungsordnung überhaupt in der laufenden Tagung zur Verabschiedung gebracht werden soll. Die beiden sie betreffenden Entwürfe des Hilfskassengesetzes und des Einbürgerungsgesetzes werden voraussichtlich freie größeren Bedenken verholten. Wie immer aber auch die Reichsversicherungsordnung aus der Kommission hervorgeht, wird ihre zweite und dritte Lesung im Plenum nicht dazu in unaußenstehender Lage benutzt werden. Vertretung ist zu treffen. Gelöst ist nicht, hier von vornherein einen fruchtigen Erfolg zu erwarten. So ist aus das Bundesrat der Reichsversicherungsordnung in der laufenden Tagung in Frage gestellt.

Der Kronprinz in Sibirien. Zu Ehren des deutschen Kronprinzen fand am Dienstag eine Parade des 90.

gekamten englischen Besatzers von Secunderabad fiast, das 12 000 Mann weiser und eingeborener Truppen umfiast. In der Parade nahmen zwei Regimenter der Nizam-Truppen teil. Im Verlauf der Parade ließ der Kronprinz sich die Beamtentafeln, die die besondere Bläse referiert waren, vorstellen. Den Beschluß der Parade bildete ein Galopp, den ein eingeborenes Kavallerieregiment unter dem kaiserlichen Befehl Losender von Zuschauern vorführte. Der Kronprinz tritt heute mittag, nachdem er bei dem Minister des Nizam das Frühstück eingenommen hat, die Abreise nach Bombay an.

**\* Keine Aenderung der preussischen Finanzpolitik.** Die Berliner Korrespondenz erklärt gegenüber der Zeitungsmeinung, daß in maßgebenden Kreisen der preussischen Finanzpolitik gegenwärtig der Plan erwogen werde, die unteren vier Stufen der Einkommensteuer demnachst fallen zu lassen, also die Einkommen bis zu 1500 Mark von der Besteuerung zu entbinden, daß Erwägungen der ausgedehnten Art schon aus rein finanziellen Gründen bei der preussischen Finanzverwaltung nicht in Frage kommen sind.

**\* Eine Viehverwertungszentrale für ganz Württemberg.** Das Gesamtkollegium der Zentralstelle für Landwirtschaft in Stuttgart hat am 19. März, in Gegenwart der württembergischen Minister des Innern verhandelt, hat wie der „Schwäbische Merkur“ berichtet, einstimmig beschlossen, zur allmählichen Ausschaltung des Zwischenhandels eine Viehverwertungszentrale für das ganze Land zu schaffen. Ferner hat das Kollegium einstimmig eine Erklärung angenommen, die von dem Standpunkte aus, daß die Zulassung fremden Schlachtviehs für die einheimische Fleischproduktion nachteilig sei, die Regierung auffordert, die Zulassung bei Rindvieh allmählich und bei Schweinen tustlich bald zurückzuziehen.

**\* Ueber den gegenwärtigen Stand der Bauarbeiten am Rhein-Hannover-Kanal** schreibt man uns: Am Rhein-Hannover-Kanal werden gegenwärtig die Erdarbeiten in vollem Umfang betrieben. Von den zu erbauenden 50 Brücken sind 13 Straßenbrücken und 10 Gruppen von Eisenbahnbrücken bereits dem Verkehr übergeben. Von den 13 Millionen Kubmeter Erdarbeiten sind inzwischen 5 Millionen gefordert. Die Arbeiten sind in 5 Kofe geteilt und für die ganze Strecke vergeben. Dabei werden die Kofen gegen den Vorschlag zu erledigen. Die Kofen überlassen die Kosten der Brücken den Vorkaufg ererblich, weil die Zahl und die Umfassung vergrößert sind und die Verlegungen von Eisenbahnen sich als sehr kostspielig erweisen haben. Mit dem Bau aller Schiffe soll noch im nächsten Jahre begonnen werden; dabei werden die Schiffe mit Kanalschiffen zugleich mit den Eisenbahnen des durchgehenden Kanals ausgehoben. Die Baukosten werden zur Anschaffung des Materials mit Verbindungsstellen an das Reich der Staatsbahn angehöhen. Der Entwurf für den Seitenkanal Datteln-Samm steht jetzt fest. Die Erdarbeiten für die erste 7 Kilometer lange Strecke vom Dortmund-Emskanal bis Waltrrop werden in nächster Zeit in Angriff genommen. Für die folgende Strecke Waltrrop-Albrich wird mit den Erdarbeiten begonnen werden, sobald der Grunderwerb abgeschlossen ist. Für die Schluffstrecke steht die endgültige Planfeststellung noch aus. Auch die Vorbereitungen für die Wasserkräfte Datteln haben guten Fortgang genommen. Die im Wasserwerke angebaute Kraftmaschine wird also nach dem Stand der Vorbereitungen ebenfalls eingehalten werden. — Beim Ems-Weiler-Kanal ist der Grunderwerb des Grundbesitzes, der für den Kanalbau erforderlich ist, soweit gefördert, daß voranschreitend im Frühjahr nächsten Jahres die ganze Strecke für die Bauausführung fertig ist. Von den Eisenbahnbrücken sind inzwischen zwei fertiggestellt, sieben weitere sind in der Ausführung begriffen und die übrigen werden im kommenden Frühjahr in Angriff genommen werden. Am weitesten gefördert sind die Arbeiten im Bauamtsbezirk Busdorf. Noch immer nicht getätigt sind die Vorbereitungen hinsichtlich der Schaffung von Hofenanlagen bei Bünden und am Ostende des Kanals bei Hannover. Die Arbeiten am Waldröper-Sammelbecken haben gute Fortschritte gemacht, die Baugrube ist ausgehoben und mit dem Mauerwerk versehen worden. Die Entwürfe für das Datteln-Samm-Becken sind fertiggestellt, weitere Vorbereitungen für den Bau jedoch noch nicht getroffen. Die Erdarbeiten am Bauanlage bei Dörverden sind soweit gefördert, daß die Fertigstellung des Seitenkanals bis zum Frühjahr zu erwarten ist.

## Ausland.

**Nach dem Eisenbahnerstreik in Frankreich.** In der Sitzung am 20. er. befaßte sich die französische Kammer mit einem Antrag des Deputierten Journier (unabhängiger Sozialist) betreffend die Wiederanstellung der entlassenen Eisenbahner. Zur Namen der Kommission für öffentliche Arbeiten erklärte Schadare, daß die Kommission ungeachtet ihres Wunsches, den Eisenbahnern ihre Sympathie zu bezeugen, den Beschluß gefaßt habe, daß die Frage der Wiederanstellung eine Frage der Regierungspolitik sei und sich den Kompetenzen der Kommission entziele. Ich meine, erklärte Journier, daß der Antrag Journier der Kommission nicht einmal hätte vorgelegt werden dürfen, was aber meine persönliche Ansicht betrifft, bin ich erlautet, daß die Regierung sich nicht für verpflichtet gehalten hat, Verhandlungen zu eröffnen.

**Bräufte** bezieht unter großer Intruse des Hauses einen Antrag, die Diskussion auszuheben, bis der Dienst auf den Eisenbahnen wieder normal geworden sei. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Ceccaldi forderte von der Regierung, daß alle Eisenbahner wieder eingestellt würden, die nicht an der Saboteage oder an Gewaltthaten teilgenommen hätten. Regierung wies dem Ministerpräsidenten vor, sich nicht, wie es seine Pflicht gewesen wäre, bei den Gesellschaften verwendet zu haben, um Konzeptionen zu erlangen, die den Ausstand verhindert hätten. Briand habe auch das Schreiben der Vereinigung der Arbeiter und Lokomotivführer unbearbeitet gelassen. Zum Schluß forderte Journier die Regierung auf, Ruhe zu schaffen, indem sie für Wiederanstellung der Eisenbahner Sorge trage, die keine schwere Schuld auf sich geladen hätten.

Ministerpräsident Briand erklärte, auf den Staatsbahnen werde keine Entlassung aufrechterhalten werden, die nur wegen Teilnahme am Streik ausgesprochen worden sei. Die Eisenbahngesellschaften hätten versprochen, ebenso vor-

zugehen. — Von einer allgemeinen Amnestie könne aber nicht die Rede sein, da man sonst Gefahr liefe, die Disziplin nachteilig zu beeinflussen. Die Gesellschaften könnten deswegen von der Regierung Nachdruck fordern, wenn sie sie zur Wiederanstellung aller Beamten nötigte. Die Transportverzögerungen lägen nicht am allgemeinen bösen Willen, sondern am Streik, an der Größe und den Ueberforderungen. Die Regierung wolle einen ausgedehnten sozialen Fortschritt. Um ihn zu erreichen, müsse sie Ordnung haben. Die Republikaner mögen sagen, ob sie gleichfalls Ordnung wünschten. Nur unter dieser Bedingung werde er im Amt bleiben. (Beifall auf vielen Punkten.) — Briand nahm sodann eine Tagesordnung vor, die von den Erklärungen der Regierung mitnimmt und ihr das Vertrauen ausdrückt, daß sie beabsichtige, bei den Staatsbahnen einen Restriktion der Verbindungen mit Wohlwollen und Menschlichkeit vorzunehmen und ihr diesen Sinne auch bei den Eisenbahngesellschaften vorgehen will. Darauf stellte Briand die Vertrauensfrage. Die Priorität der Tagesordnung Kabier wurde mit 383 gegen 143 Stimmen angenommen. — Bei Redaktionsstillschluß wird uns noch gebrocht:

**\* Paris, 21. Dez.** Die Kammer hat den Teil der Tagesordnung vor, der die Regierung das Vertrauen ausdrückt, mit 354 gegen 106 Stimmen und die gesamte Tagesordnung mit 405 gegen 90 Stimmen angenommen.

Die Regierung hat, wie wir später noch aus Paris erfahren, einen Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Eisenbahnangehörigen vorbereitet, der die Zahl der Dienstjahre zur Grundtage nimmt, die gegenwärtig für die Altersversorgung nicht in Betracht kommen. Die erforderlichen Mittel werden sich 25 Jahre lang auf sieben Millionen Francs jährlich belaufen, welche die Gesellschaften durch Ausgabe von Obligationen, für die der Staat Garantie übernehmen wird, beschaffen können.

**\* Das Ende der Wahlen in Großbritannien.** Am Dienstag abend um 6 Uhr sind die Wahlen beendet worden, nachdem noch ein Bivertal, ein Anhänger Neomonds und einer O'riens gewährt worden waren. Die endgültigen Zahlen für die Gewählten sind 271 Liberale, 272 Unionisten, 43 Vertreter der Arbeiterpartei, 74 Anhänger Edwards und 10 Anhänger O'riens. Die Unionisten gewonnen 28 und verloren 29 Sitze, die Liberalen gewonnen 23 und verloren 26, die Arbeiterpartei gewann vier Sitze von den Unionisten und einen von Liberalen, verlor aber drei Sitze. Die Anhänger Neomonds gewonnen zwei Sitze von den Unionisten und drei von den Anhängern O'riens, sie verloren zwei Sitze an die Anhänger O'riens. Das Parlament wird am 31. Januar zusammenzutreten. Die feierliche Eröffnung durch den König findet am 6. Februar statt.

**\* Frankreichs äußere Politik.** In französischen Angelegenheiten glaubt man, daß das Abgehen des Ministeriums des Äußeren Freitag oder Samstag vormittag zur Aussprechung kommen werde, da sich von den letzten Wahlen habe, bevor die Kammer in die Ferien gehe, sich über die allgemeine auswärtige Politik auszusprechen, um anzudeuten, die in der europäischen Krise an die letzten politischen Begegnungen geknüpft worden sind, sich näher über die Lage Frankreichs zu verbreiten.

**\* Aus dem französischen Ministerium.** General Vuquet ist zum Kommandeur des X. Armeekorps ernannt worden. — Der Kolonialminister erläuterte im Ministerialrat die Absichten des Obersten Larazan zur Förderung der Verteidigung der französischen Besitzungen in den Westindien, besonders zur Sicherung der Abgabegebiete vor den Einfällen der Negerhorden. Die Regierung wird Schritte zur Verdrückung der Befehlstruppen in die Westindien-Gebiet, und zwar zur Erhöhung der Befehlstruppenstärke auf drei Bataillone zu je vier Kompanien entsprechend den vorläufigen Vorschlägen fassen.

**\* Für die Witzer in Frankreich.** Der französische Senat bewilligte einen Kredit von 25 Millionen für die Witzer, die unter den Einflüssen der Witterung und unter Ueberforderungen gelitten haben.

**\* Sofortiges Parlament.** Man meldet aus Tientsin: Am Dienstag früh 5 Uhr waren 2000 Studenten vor das Namen des Bischofs und verlangten, der Bischofs möge beim Thron die Petition wegen sofortiger Einberufung des Parlaments unterbreiten. Sie erklärten, nicht eher weggehen zu wollen, als bis der Bischofs das Verprechen gegeben habe, dies zu tun. Der Bischofs willigte ein, die Angelegenheit der maßgebenden Stelle zu unterbreiten. Die Studenten versetzten hierauf die Forderung, die Witzer, welche die Schilde mit Bannern, welche die Inschrift trugen „Sofortiges Parlament!“ Nach einer Meldung aus W. haben der Generalgouverneur der Mandchurie Hiljiana auf seine Petition betreffend die sofortige Eröffnung des Parlaments, von der Regierung eine Antwort erhalten, worin diese es für unmöglich erklärten, den Thron um Abänderung des früheren Beschlusses zu bitten. Gleichzeitig wird das Abfchiedsgedächtnis N. liangs abgelegt.

## Die Moabitler Krawalle vor Gericht.

**30. Verhandlungstag.** Nach Eröffnung der Sitzung am Dienstag wurde in der Zeugenvernehmung fortgefahren. Die Zeugin Fräulein W. ist nun schon seit 14 Tagen im Zeugensaal von einer jugendlichen und pfiffigen Menschenmenge Laternen getrimmert worden. Von den Leuten sei das Arbeiterlied und ein Lied „Das ist Jagow's wilde verwegenes Jagd“ gesungen worden. Sie habe weidlich gehört, wie die aus der Menge geschrieenen Sätze auf die Melodie der Arbeiterlieder niedersprackelten. Die Menschenmenge habe schließlich den Schulpausen eines Photographen abgerufen, zerflemt und zu einem großen Scheiterhaufen aufgestellt. Als dieser angezündet worden war, sangen die Leute zu der Melodie: „Das ist Jagow's wilde verwegenes Jagd“ um das Feuer herum einen Reigen. — Polizeikommissar G. tritt nochmals vor und erklärt, daß die Polizei zuerst absichtlich nicht um den Scheiterhaufen bemüht habe, da sie diesen als eine Falle ansah, in die sie hineingelockt werden sollte. Erst als die Feuerwerke kam, sei auch die Polizei eingeschritten. Zeuge Hermannsche W. ist nun an der Erde der Jungfrau- und Gottesknecht, er will vom Zeugen seiner Wohnung aus beobachtet haben, wie am Dienstag Schulleute mit gezogenen Säbeln Menschen verfolgten. Der Tillman bekundet, er habe am Dienstag abend auf dem Wege nach seiner Wohnung in der Waldstraße die Schulleute bei der Abwehr der Menschenmenge beobachtet und habe den Eindruck, daß sie sich bei den Krawallen beteiligten. Von Zeugen mit Säbeln geschlagen wurden, habe er nicht beobachtet. — Hausdiener H. bekundet, er habe gesehen, wie in der Wuststraße ein Mann La-

zernen einwarf und dann in eine Kanister flüchtete. In einer Anekdote habe ein Arbeiter zu ihm gesagt: „Du bist zu hoch ein Streikbrecher?“ Als er verneinte, habe der Arbeiter gesagt: „Sankt hätten wir dich auch die Kanister werfen können.“ Zeuge H. habe gesehen, wie der Mann und andere sehr auf die Schuhteile geschimpft.

Hierauf wird eine Zeugin (Frau S.) vernommen, welche folgendes bekundet: Am 26. abends gegen 10 Uhr, sei die Frau S. für 15 Minuten in einer Sitzung gewesen. Als sie in der Gutenstraße eintrat, wurde der Brandmeister mit Seulen und Säbeln herbeigeführt und die Mannschaft verhöört. Von zahlreichen, aus älteren Leuten, sei ein Lied gesungen worden, welches sie schon bei dem Wahlrechtsparagierung im Triebwerk angehört habe. Die Menge zog dann die Beauftragte entlang, wobei sie laut heulte und pöbelte und die Laternen der Beauftragten demolierte. Von jungen Burken sei hierbei auch ein Scheiterhaufen angezündet worden. An der Erde stellte sich die Menge vor den Schulleuten an und brüllte: „Wusthunde, Wusthunde, Wusthunde.“ Der Beauftragte wurde herbeigeführt und wurde auf dem Wege nach seiner Wohnung beobachtet, bekundet: Er habe gesehen, wie die Laternen in der Wuststraße zertrümmert wurden. Schulleute hätten in der Nähe gestanden, aber nichts dagegen getan. Weiter hat der Zeuge verständiglich beobachtet, wie die Menge: „Schuhteile, Wusthunde, Wusthunde“ gerufen hat. Es folgt die Mittagspause.

## Milchshin vor Gericht.

**(Acht. Tag.)** In der Sitzung am Dienstag wird in der Zeugenvernehmung über den Fall M. als eingeleitet. Es handelt sich um den ehemaligen Fürstengastling, der an den Baum gehunden worden ist und eine große Anzahl von Schlägen erhalten hat. Zeuge M. gibt von dem Vorgange und von der Gestalt, die an ihm vollzogen wurde, eine nur in wenigen Punkten von den Angaben der Angeklagten abweichende Darstellung. Als er in der Nacht in den Keller kam, habe man ihn frumm geschlagen und habe kein Nachfolger gehabt. Eine ganze Wunde habe er dabei keine Rede gehabt und nur Wasser und Brot erhalten. Nach seiner weiteren Behauptung sei er nachts in der Zelle, wobei er absondern gebracht worden, angegeschlossen worden, sei dann in die Strafkolle gekommen und habe sich 4 Wochen und 2 Tage nach Hause, um dort erkranken zu lassen. Zeuge M. hat sich befreit, die Angaben des Zeugen in einem Punkte, insbesondere tritt er der Behauptung entgegen, daß der Zeuge auf seine Anordnung Schläge auf die Fußsohlen erhalten habe. Er könne nur wiederholen, daß M. ein ganz durcheinander M. sei, der nur auf Schulleuten verstoßen wurde. Die Angeklagten behaupten, daß M. nicht nur ein M. sei, sondern ein M. sei, in welchem M. vorher gewesen, ergeben, daß er sich dort sehr schlecht gefühlt und auch einen unheilvollen Einfluß auf die anderen Züglinge ausgeübt und diese sehr ernstlich bedrückt haben. Der Vorfall der M. im Zusammenhang der Beziehungsinfluß M. auf die Züglinge wird von den Angeklagten M. in der dortigen Anstalt. Danach ist M. aus der Zelle, in welche er gegeben worden war, weggenommen, ebenso vom Weichfeld bei Falkenberg, wo er später beauftragt wurde. Nach seiner Ansicht von dort hat er am Abend einen Brief geschrieben, in welchem auch eine Erklärung über die Zellennummer vorkam. Er verließ später einen Einbruch bei einem Aufseher und entwendete ihm einen Revolver und ein Portaffenbuch über 800 M. Außerdem schrieb er sich einen Passierschein und falschte die Interzession des Zeugen M. am mit diesem Passierschein zusammen mit dem Aufseher, der nach Hause fuhr, M. selbst wieder nach Lichtberg zurück. Es wurde dann mitgeteilt, daß er hochzeitig, den wilden Mann zu spielen. Er legte sich dann auch eines Tages eine Schlinge um den Hals, und da das Ganze als Wänder angefiel, fehlte er wieder, erhielt er eine Züchtigung nach Wusthunden M. unter der Aufsicht des Zeugen M. er hat nach dem Verhör der Zeugen M. die Züchtigung nicht mehr erhalten. Von Milchshin ist er nach der Anstalt M. arsof gebracht worden, von dort ist er weg und fragte eines Tages telefonisch bei dem Zeugen an, ob er ihn nicht wieder aufnehmen wolle. Er lehnte dann auch nach Lichtberg zurück und hat nach dem Verhör auf und hielt sich zu dem Zeugen Milchshin. Man konnte sich auf ihn nur soweit verlassen, als man ihn kontrollieren konnte.

Die Zeugenvernehmung vom Fall Meute ist eine sehr eingehende und umfangreiche. — Lehrer Bender hat diesen Fall in seiner Angelegenheit herangezogen, und zwar auf Grund der M. in der Sitzung am Dienstag abend, und auch der M. in der Zeugenvernehmung herangezogen hat. Zeuge Barisch, Richterbeamter der Anstaltskommission, wohnt im Gutshaus und hat den Einbruch gewonnen, daß etwas zu viel geschickelt wurde und die Züchtigung für zu hoch gehalten, insbesondere aber die Züchtigung des Zeugen M. Es folgt nunmehr der letzte Hauptzeuge. Vor dessen Verhandlung findet eine kurze Mittagspause statt.

## Aus Nah und Fern.

**Die Ursache der Explosion in der New-York-Zentralbahn** ist noch nicht endgültig bestimmt. Wie schonst, sind 10 Personen tot und 300 verwundet. Wieviele noch unter den Trümmern liegen, ist unbekannt.

**Häuserlicher Ueberfall in Breslau.** Der Kaufmann Herr Pippil, Chef des Küchenmagazins Pippil u. Hinte, der in der Rosenthalstraße eine Wohnung hat, begab sich am Montag mit der Tochter, die er in einer eigenen Kasse mit sich führte, nach Hause. Er wurde bis zu seinem Hause von einem jungen Manne begleitet. An dem Hause selbst kam ihm seine Schwägerin, die ihm die Wirtschaft führt, entgegen und nahm ihm die Mantel ab, um sie in die Wohnung zu bringen. Als die beiden die Treppe hinaufstiegen, wurde die junge Dame plötzlich von einem Räuber angefallen und gewürgt, so daß ihre Kehle aus der Kehle fiel. Der ihr folgende Bruder wurde von einem zweiten Räuber angefallen, konnte aber noch an die Tür eines bei ihm wohnenden Chambregaranten Hopfen und um Hilfe rufen. Die Räuber traten darauf das Weite, ohne etwas erbeutet zu haben. Die Angeklagten: T. und G. Die öffentliche Sicherheit in Serbien läßt viel zu wünschen übrig. Die Statistiken über größere Diebstahl weisen alljährlich einen bedeutenden Zuwachs auf. Deshalb sind auch die Gerichtsurteile ziemlich drastisch. In Milosch wurden sechs Mitglieder einer Räuberbande zum Tode und mehrere andere zu Kerkerstrafen über 12 Jahre verurteilt.

**Kundgebungen der Streiter in Sofia.** Die Arbeitervereinigungen in Sofia haben gegen eine Kundgebung beantragt und im Anschluß hieran dem bulgarischen Ministerpräsidenten und dem Kommerzialpräsidenten Petitionen überreicht, in denen die Kundgebung sogleich untersagt werden soll. Die Gesandten der Arbeitervereinigungen in Sofia haben sich demgegenüber erklärt, daß die Kundgebung im Dongebiet durch die Cholera Verluste von über sieben Millionen Rubel erlitten haben.

**Der russische Bandit Lujoewski.** Aus Weichin (Ostschlesien) wurde gemeldet, daß gemeldet, daß Lujoewski, ein aus dem ausmächtigen Wladimir gebürtiger Bandit, von der Verhaftung des russischen Banditen Lujoewski und von der Schizophrenie, die sich dabei abgespielt haben soll, nichts bekannt.



